

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden
Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Redaktion:
Gebr. Kersch, Dresden
und Schif. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringsel mit dem wöchentlichen Belegen
Nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompatibilität
30 Pf., die 90 mm breite Reklameweite 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 99

Dresden, Mittwoch den 29. April 1925

36. Jahrg.

Kampfanfrage in Preußen

Braun fordert ein positives Vertrauensvotum — sonst Appell an das Volk

Der Ausfall der Reichspräsidentenwahl hat die Notwendigkeit noch schärfer ergeben, nun endlich in Preußen Klarheit zu schaffen. Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum halten seit über drei Jahren fest zusammen und leiten unter Führung von Braun und Seuring 3/4 Jahre den Staat. Seit der Landtagswahl im Dezember 1924 haben die drei Parteien keine absolut sichere Mehrheit mehr im Landtage. Wohl hat sie bei voller Besetzung zur wiederholten Wahl des Ministerpräsidenten Braun, dann Marx, dann wieder Braun, ausgereicht, aber zum positiven Vertrauensvotum war sie unzulänglich. Rechtsparteien stimmten da mit Kommunisten brüderlich vereint zum Sturz der Regierung, obgleich sie zur Regierungsübernahme unfähig waren. Nun hat Ministerpräsident Genosse Braun am Dienstag eine Eröffnungsrede gehalten, aus der die Entschlossenheit der drei Koalitionsparteien spricht, den Landtag aufzulösen, wenn die edle Brüdergattung Deutschnationale, Volkspartei und Kommunisten auf neue der Regierung das Vertrauen aussprechen. Braun erklärte in seiner Rede:

Es ist wahrlich nicht das Streben, Minister zu sein, wie häufige Bemerkung positiver Gegner es mir unterstellt haben, das mich leitet. Nein, mich leitet Pflichtbewußtsein und das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Geschicke des preussischen Volkes, das mich als mehrjährigen Leiter der preussischen Staatsgeschäfte erfüllt.

Es war bis zum Anfang dieses Jahres unser Stoß, daß wir im Gegensatz zum Reich und andern Ländern Preußen vor öfteren Regierungskrisen behaupten hatten und durch eine zuletzt 3 1/2 Jahre währende konservative Regierung, die von einer festen Mehrheit im Parlament getragen wurde, zur Konsolidierung unseres staatlichen Lebens und zur Befestigung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft wesentlich beitragen konnten. Die Periode der Regierungslosigkeit wurde heraufbeschworen durch die Deutsche Volkspartei, die die von ihr 3 1/2 Jahre lang getriebene, geblühte und geliebte Politik nach der Wahl verweigerte. Alle Versuche, eine aktionsfähige Regierung zu bilden, sind gescheitert an der Sabotage an der

Scherungswort des deutschnational-kommunistischen Blocks
(Wem bei den Komm.) Die Parteien des deutschnational-kommunistischen Blocks (Komm.) haben wohl einstimmig jede Regierung gewünscht, sie sind einzig im Reich, aber sie haben bisher noch keine auf ihre Mehrheit getätigte Regierung zu bilden vermocht. Sie

haben nicht einmal den Versuch dazu gemacht, denn man hat noch nicht gehört, daß die Parteien, die diesen Block bilden, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Volksische, Wirtschaftspartei und Kommunisten, sich jemals zusammengesetzt hätten, um die Bildung einer neuen, von ihrer Mehrheit getragenen Regierung zu vereinbaren.

Es einmütig, wie sie im Reich sind, so unfähig sind sie zum Aufbau. (Zuruf rechts: Inerhardt!) Damit ist bewiesen, daß diesem Oppositionsblock lediglich destruktive Tendenzen innewohnen und in seiner parlamentarischen Tätigkeit leiten. Es sind ja wohl in diesem Block der Opposition auch Kräfte vorhanden, die diese Schädigung wollen, die

Bemerkung auf eine Reizstrophe hinweisen.
woll sie hoffen, in einem allgemeinen Chaos am ehesten ihre Parteiziele durchzusetzen zu können. — Braun schließt, daß dies den Staat gefährden würde. Sein Programm sei dem entgegen. Er werde seine ganze Kraft daran setzen.

Der Reichstag hat über diese Kampfanfrage aufgeschlüsselt. Nach einer Berliner Meldung erklärt seine Presse, Braun habe „seiner Ministerfreiheit die Krone aufgesetzt“. Aber von der früheren Forderung, durch Neuwahlen an das Volk zu appellieren, ist es still geworden — trotz dem Hindenburgsieg. Dagegen erklären Vorwärts, Germania und die demokratische Presse, daß die drei Koalitionsparteien zur Landtagsauflösung entschlossen sind, wenn wieder ein deutschnational-kommunistisches Vertrauensvotum die Regierung stürzen wollte. Nach der Verfassung haben in Preußen das Recht zur Landtagsauflösung die drei Personen Ministerpräsident, Landtagspräsident und Präsident des Staatsrats, also die Genossen Braun und Parteien und Staatsratspräsident Adenauer. Adenauer gehört dem Zentrum an, so daß nicht nur die Mehrheit erreicht, sondern Einmütigkeit für Auflösung zu erzielen wäre. Das Organ des Zentrums, die Germania, erklärt heute: „Wir hoffen den Appell an die Wähler mit aller Entschiedenheit ins Auge. Aber das Kabinett Braun stürzt, wird alle Folgen zu tragen haben.“

Nun haben die siegestrunkenen Rechtsparteien zu entscheiden, ob sie Courage für eine politische Volksbefragung haben. Ebenso die Kommunisten. Heute und morgen wird im Landtage debattiert, nächsten Dienstag abgestimmt. Dann kommt in Preußen Mare Bahr.

Konrad Haenisch

Aus Wiesbaden kommt die Trauerkunde, daß dort unter Genosse Konrad Haenisch, früher preussischer Kultusminister, zuletzt Regierungspräsident in Wiesbaden, im Alter von 49 Jahren gestorben ist. Haenisch war seit einiger Zeit an Venenentzündung erkrankt, der er jetzt, allen unternimmt, zum Opfer gefallen ist.

Konrad Haenisch stammte aus einer alten konservativen Familie Vorpommerns. Sein Vater war Arzt, sein Onkel Landgerichtspräsident. Von der mütterlichen Seite her war er verwandt mit altadligen Gutsbesitzern, so daß er, als die Berliner Genossen ihn seinerzeit als einen der ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in das preussische Dreiklassenhaus sandten, dort als sozialistischer Reffe seinem Onkel, dem konservativen Präsidenten Grafen von Schwerin-Löwis, gegenüberstand.

Seine Abstammung aus diesen Kreisen hat ihn nicht gehindert, schon in jungen Jahren sich der Sozialdemokratie anzuschließen. In der sozialistischen Bewegung sah er die Gymnastik die Kraft, die aus der Enge alten Kostengesetzes hinausführt zu neuen Höhen menschlichen Gemeinheitslebens. Aber in der Enge der dammerischen Universitätsstadt Greifswald wurden derartige Rebellien nicht geduldet. Der Polizeidirektor Dr. Gesterding, ein verführerischer Reaktionsär und deshalb zugleich Unversitätsrichter, sorgte gemeinsam mit Verwandten Haenischs dafür, daß der „Schwärmgeist“ als Oberprimarier wegen „sozialistischer Umtriebe“ vom Gymnasium relegiert wurde.

Ein Altersgenosse jüdischer Abstammung, dem das gleiche Schicksal widerfuhr, setzte aus Gram seinen Lebensziel ein Ziel. Konrad Haenisch jedoch, den seine Verwandten in die frommende Anstalt Welhel bei Dielefeld brachten, hielt am Leben und am Kampf für seine Ideale fest. Er ging nach Leipzig, fand dort zunächst Beschäftigung in einer Buchhandlung und wurde gelegentlicher Mitarbeiter der Leipziger Volkszeitung, in der er auch seine Ausbildung in der redaktionellen Technik erhielt.

Sein Vornam nach seines Vaters Tode war ein Oberleutnant a. D. von Fortner, einer aus jener Familie, deren Großvater jetzt als deutschnationaler Parteisekretär den Prozeßkrieg gegen Ebert organisierte und so dessen vorzeitigen Tod herbeiführen half. Jener Vornam hielt es für selbstverständlich, dem jungen Menschen die größten Schwierigkeiten zu machen, nur weil er die Bahn des konservativen Streber- und Liebertums freiwillig verlassen, noch bevor er sie betreten hatte. Aber schließlich war eines Tages auch die Macht des Vornamdes und der Sippe am Ende. Und Konrad Haenisch konnte sich ganz der Arbeit für seine sozialistischen Ideale widmen. Er trat 1898 — kaum 22jährig — in die Redaktion der Pfläzischen Post in Ludwigshafen ein, ein Jahr später ging er an das Dresdener Parteiblatt, die auf dem politischen Gebiet der Arbeiterzeitung. Von dort wurde er im Jahre 1900 an die Triumvirat Arbeiterzeitung gerufen, die er bis 1905 leitete. Danach war er ein Jahr an der Leipziger Volkszeitung. Aber schon im Jahre 1906 riefen ihn die Dortmunder Genossen zurück an ihr Blatt, dessen Leitung er dann bis 1911 innehatte. Im letztem Jahre wurde ihm die Verwaltung eines vom Parteivorstand in Berlin ins Leben gerufenen Flugblatt-Zentralen übertragen, der er bis in die Kriegszeit hinein vorstand. Von 1915 bis 1919 war er Redakteur der Zeitschrift Die Glocke.

Seit 1913 gehörte Haenisch dem Preussischen Abgeordnetenhaus als Mitglied der kleinen sozialdemokratischen Fraktion an. Sein hauptsächlichstes Arbeitsgebiet war hier die Behandlung der mit dem Kultussetzt zusammenhängenden Fragen. Eine große Sachkenntnis, verbunden mit leidenschaftlicher persönlicher Anteilnahme an den Dingen der Schule und der sonstigen Bildungstätigkeit, zeichnete diese Arbeit aus. In den Revolutionstagen wurde Haenisch an die Spitze des Ministeriums für Unterricht, Kunst und Volksbildung berufen. 1921, nach der Neuwahl des preussischen Landtags, trat er von diesem Amt zurück, das ihm eine der schwierigsten Aufgaben gestellt hatte, nämlich die alte autoritäre Schule den Erfordernissen der neuen Zeit anzupassen. Welche Schwierigkeiten ihm dabei gemacht wurden, ist noch in aller Erinnerung, aber seine Leistungen gerade im Ministerium des Hebergangs verdienen eine besondere Würdigung.

Seit 1923 amtierte Haenisch als Regierungspräsident für den Bezirk Wiesbaden. In ihm die Besatzungsbehörde zunächst die Einreise in seinen Amtssitz, so mußte er vorübergehend in Frankfurt (Main) ein Bureau aufstellen, um von dort aus seine Pflichten erfüllen zu können. Erst nach der Beendigung des Ruhrkampfes fand er endlich den Weg nach Wiesbaden frei.

Neben seiner partei politischen Arbeit, die er als Redner, Redakteur oder Beamter verrichtete, entfaltete Haenisch eine außerordentlich fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit. Zahlreich sind die Bücher und Broschüren aus seiner Feder. Vielfach behandeln sie politische oder kulturelle Tagesfragen, aber auch der schongeleitigen Seite des öffentlichen Lebens wandte er sein Interesse als Schriftsteller zu. Den eifrigen Förderer des deutschen Hochschullehrers hat die Universität Gießen durch Ernennung zum Ehren doktor, die medi-

Die Folgen der Wahl

Frankreich wird am Rhein bleiben

S. London, 28. April. (Eig. Draht.) Der Daily Express gibt eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand wieder, in der er über die deutsche Reichspräsidentenwahl u. a. folgendes erklärt hat: England und Amerika mögen von der Wahl Hindenburgs überrascht worden sein, Frankreich nicht. An eine sofortige Aenderung der deutschen Außenpolitik oder der Reparationspolitik glaube er nicht. Es werde aber notwendig sein, die Militärkontrolle über die deutschen Rüstungen fortzusetzen. Ebenso notwendig sei, daß

die Alliierten die Macht am Rhein aufrechterhalten. Die französische Regierung habe von der englischen Regierung noch keine Einladung zur Besprechung all dieser Angelegenheiten erhalten. Die Regierung werde aber eine solche Einladung gern annehmen. Wenn die deutsche Regierung der französischen Regierung die Wahl Hindenburgs anzeigen werde, sei von dieser nur eine Bestätigung als Antwort zu erwarten — kein Wort mehr.

Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront

P. Paris, 28. April. (Eig. Draht.) Die Bestätigung, die der Wahlsieg Hindenburgs in den politischen Kreisen Frankreichs hervorgerufen hat, legt sich allmählich und macht dem Bestreben klar, aus der neugeschaffenen Lage möglichst viel für Frankreich politisch herauszuholen. Man hofft hier, daß der Sieg des Reichsbundes eine Annäherung zwischen Frankreich und England und darüber hinaus zwischen Frankreich, England und Amerika begünstigen und daß

das Endergebnis der deutschen Präsidentschaftswahl die Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront sein wird. Wenn man auch annehmen darf, daß die deutsche auswärtige Politik in der nächsten Zukunft keine wesentliche Aenderung erfahren wird, so wird man doch dieser Politik mit ganz andern Gesichtspunkten, mit ganz andrer Einstellung gegenüberstehen. Dem deutschen Gesamtinteresse, das in der letzten Zeit immer mehr Anfall gefunden hatte, wird nunmehr jede tatsächliche Bedeutung abgedreht. Es ist unmöglich, schreibt die Information, dem Staatsvertrags unter diesen Umständen einen rechten Wert zuzuerkennen, da seine Ausführung der Umgebung Hindenburgs anvertraut werde. Es sei auch kein Trost, daß die öffentliche Meinung der Welt endlich begreifen werde, was Deutschland darstelle, und daß ihr Vertrauen, das allmählich zu schwinden begonnen habe, wieder aufzuheben werde. Die Möglichkeit einer Wiedervereinigung und einer internationalen Zusammenarbeit, die der Sieg von Marx begünstigt hätte, seien nunmehr weg.

Die bisherige Friedensarbeit zerschlagen

S. London, 28. April. (Eig. Draht.) In der englischen Diplomatie glaubt man nicht, daß die Wahl Hindenburgs eine solche Aenderung des außenpolitischen Kurzes Deutschlands herbeiführt. Man sieht jedoch mit großer Besorgnis die Wirkung dieser Wahl auf die öffentliche Meinung Frankreichs. Englands Diplomatie wird zwar das Leben aufbieten, um Frankreich wieder auf die britische Linie zu bringen, aber der Erfolg wird sehr pessimistisch beurteilt. Es ist wahrscheinlich, daß die Wahl Hindenburgs alle bisherige Friedensarbeit zerschlagen hat, und Frankreich mit verstärkter Kraft seinen alten Plan verfolgt, Deutschland durch den Ring eines feindlichen Bündnisses zu umkreisen.

S. London, 28. April. (Eig. Draht.) Die englische Presse nimmt vollkommen darin überein, daß die Wirkung der Wahl Hindenburgs auf die politische Haltung Frankreichs katastrophal ist, und diese Wahl die europäischen Schwierigkeiten verschärft hat. Times sagen: Das Wahlergebnis zeigt, daß das deutsche Volk nicht einem politischen militärischen Glorifizieren, sondern dem Soldaten gegolgt ist. Deutschland wird wieder von vorn anfangen müssen, sich Vertrauen in der Welt zu erringen. Morning Post spricht die Meinung aus, daß die Wahl Hindenburgs die Rückkehr des „Prussianismus“ und das Ende der Demokratie in Deutschland ankündigt.

Nun wieder aufrüsten!

E. Rom, 28. April. (Eig. Draht.) In der römischen Presse beginnen bereits die Folgen der Wahl kenntlich zu werden. Das Giornale d'Italia erklärt unter großem Aufsehen, daß in einem von feindlichen bedrohten Europa ein militärisch starkes Italien ein Element des Friedens sein werde. Das bedeutet: Rüstungsvermehrung in Italien. — Corriere della Sera übt scharfe Kritik an der Bezeichnung Hindenburgs als „Retter“. Die Rettung Deutschlands vom Bolschewismus sei durch die Volksbeauftragten und Ebert, von der Anstalt durch das Kabinett der Reichsparteien und vom Verzicht des Rheinlandes durch das Kabinett Marx erfolgt. Man frage sich, was Hindenburg eigentlich retten solle. Die Giustizia erklärt, daß die Kommunisten die größte Freude an dem Siege Hindenburgs hätten, nachdem sie seinen Erfolg am meisten begünstigten. Es habe sich zugefügt um ein Bündnis zwischen Reaktion und Kommunismus gehandelt. Der Vornam nennt den Sieg Hindenburgs einen politischen Fehlschlag. Wädhlicher Weise sei die Frage der Regierungsform nicht durch die Wahl vom Sonntag gelöst. Es hänge von der Sozialdemokratie ab, wohin Deutschland fernerehin gehe. Auch andere Blätter betonen, daß ja noch eine republikanische Mehrheit im Volke da sei, auf die man hoffen könne.